



<https://bz.ii/2kp0>

SPD BURGWEDEL RUFT ZUR GESCHLOSSENHEIT ALLER DEMOKRATISCHEN KRÄFTE AUF

Veröffentlicht am 28.03.2018 um 19:01 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Am Sonnabend hat sich in Großburgwedel eine brutale Gewalttat ereignet. Noch sind die genauen Umstände ungeklärt, aber sicher ist, dass ein 17-jähriger Jugendlicher eine 24-jährige Frau mit einem Messer lebensgefährlich verletzt hat. Die Ärzte kämpfen immer noch um das Leben der Frau. "Wir bangen mit den Angehörigen um das Leben der jungen Frau, hoffen und wünschen, dass sie wieder gesund wird", so Andreas Strauch, Vorsitzender der Burgwedeler Sozialdemokraten, in einer Pressemitteilung. "Der Angreifer ist gefasst und wird sich für die Tat verantworten müssen. Dass Jugendliche mit einem Messer herumlaufen und diese gegen andere Menschen einsetzen, darf auf keinen Fall akzeptiert werden.

Natürlich wird mit allen rechtsstaatlichen Mitteln darauf reagiert werden und der Täter die entsprechende Strafe erhalten", so der Sozialdemokrat. Und fügt hinzu: "Dass der Täter syrischer Flüchtling ist, wird jetzt von ausländerfeindlichen Kräften weit über Burgwedel hinaus zum Anlass genommen, Angst und Hass zu schüren. Die Tat ist ein Angriff eines Menschen und dieser Mensch muss zur Verantwortung gezogen werden. Er hat nicht stellvertretend für Flüchtlinge, auch nicht für syrische Flüchtlinge gehandelt. Rassismus ist dadurch geprägt, dass Menschen nicht nach ihrer Persönlichkeit, sondern nach Herkunft oder Religion beurteilt und in eine Schublade gesteckt werden. Wer diese Tat jetzt politisch instrumentalisiert anstatt Aufklärung zu betreiben, ist verantwortlich dafür, dass ein Klima der Angst entsteht. Anstatt aufeinander zuzugehen, wird Misstrauen gesät. Wir müssen dazu beitragen, dass Menschen, die vor Krieg und Gewalt zu uns geflohen sind, weiter auf die Straße gehen können, ohne das Gefühl zu haben, misstrauisch beäugt zu werden", so Strauch. "Und wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass junge Frauen sich in Großburgwedel weiter sicher fühlen können." Regeln und Gesetze würden für alle gelten, egal welcher Herkunft. Vermutlich könnten Lebensumstände in Ländern, in denen Krieg und Gewalt herrschen, oder demokratische Regeln nicht so gelebt werden wie - mittlerweile - in Deutschland, zu dieser Aggressivität beitragen, so Strauch. "Dennoch wollen die meisten Flüchtlinge ebenso wie die meisten Menschen, die schon immer oder seit langem in Deutschland leben, friedlich miteinander leben. Es ist Aufgabe aller demokratischen Kräfte, dies zu befördern und jegliche Form der Ausgrenzung und des Rassismus zu bekämpfen. Daher müssen wir uns geschlossen gegen Versuche stellen, Aggressionen zu schüren und Kapital aus der Angst der Menschen vor Unsicherheit und Gewalt zu schlagen", erklärt er abschließend.

The image shows the logo of the SPD (Social Democratic Party of Germany). It consists of the letters "SPD" in a bold, white, sans-serif font, centered on a solid red rectangular background.